

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Inserations-Gebühr... beträgt für die sechsstelligen Adressen...

Telegraphen-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Abonnements-Bedingungen: Abonnement zu drei Prämien... monatlich 1.30 M...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 4. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

„Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück.“

II.

Im ersten Kapitel seiner Schrift versucht Lensch den Entwicklungsgang der deutschen Sozialdemokratie zu schildern. Der deutsche Sozialismus, entwickelt er, sei allmählich allzu sehr mit jenen Vorstellungen einer „naiven Weltfremdheit“ befaßt worden...

Gaenisch vor Reid über solche Hochspannung der Gefühle erblaffen lassen könnte. Einige Stichproben, da wir leider die ganze Stelle aus Raum-mangel nicht wiedergeben können:

„Die deutsche Sozialdemokratie, das internationalste Glied der sozialistischen Internationale, war auf einen Schlag einseitig an die Seite des bedrohten Vaterlandes getreten. Und — o holdes Wunder! — der süße Klang des Namens: Vaterland war in der Erklärung, mit der die Partei ihre Stellungnahme begründete, voll angeschlagen worden. Dort stand der weiße Bolle: da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Der endlose Weisfall, mit dem dieser Satz im Reichstage von allen Bänken des Hauses begrüßt worden war, fand sein jubelndes Echo in Hütte und Palast...“

Schade, daß dieser „weiße Bolle“ Moment damals im Herzen von Lensch selbst ein ganz anderes Echo fand, nämlich jenes, das in dem drastischen Worte zum Ausdruck kam: „Sie haben die Eingeweide der Internationale auf den Tisch gelegt...“

Doch zu dieser Keinen psychologischen Unstimmigkeit kommt bei Lensch noch eine andere. Nicht nur, daß Lensch ausdrücklich zugibt, daß nach der ganzen bis vor dem Krieg eingenommenen Haltung und dem ganzen bisherigen Charakter der deutschen Sozialdemokratie die Bewilligung der Kriegskredite durch ihre Vertreter unmöglich erwartet werden konnte — er findet auch, daß die Fraktion am 4. August besser getan hätte, die Kriegskredite abzulehnen — jedoch, die zu den Regimenten eilenden Parteigenossen aufzufordern, die Pflicht (der Landesverteidigung) zu erfüllen und, wenn es sein muß, mit dem Tode zu besiegeln.

Wir brauchen diesen wunderlichen Vorschlag nicht näher zu charakterisieren, da er selbst bei der „Mehrheit“ beträchtliches Kopfschütteln erregt hat. Nur die Gegenfrage sei gestattet, warum sich denn die deutsche Sozialdemokratie gerade zur Verschönerung ihres Verhaltens auf die englischen und französischen Genossen hätte beziehen müssen, statt sich umgekehrt durch die Kreditablehnung der russischen und serbischen (später auch der italienischen) und jetzt selbst dreier französischer Genossen in der guten alten sozialistischen Tradition der Kreditverweigerung bestärken zu lassen?

Aber Lensch, dessen ganze Haltung seit dem 4. August ein einziger Widerspruchs ist, und dessen oben erwähnte Deduktion nicht minder von Widersprüchen strotzt, ist unerbittlich im Aufbehalten der Widersprüche — anderer. So nagelt er die Haltung der Mehrheit vom 4. August folgendermaßen fest:

„Sie lehnte die Verantwortung für den Krieg ausdrücklich ab, bewilligte aber trotzdem die Kredite. Wenn das kein Widerspruch war, weshalb hatte dann die Partei im Frieden immer die Militärkredite abgelehnt? ... Entweder wies die Fraktion die Verantwortung für die Kredite zurück, dann mußte sie auch die Kredite ablehnen, oder aber sie bewilligte die Kredite, dann mußte sie auch auf jene Phrase von der „Verantwortung“ verzichten. Aus diesem inneren Widerspruch herauszukommen, ist eine der für die Partei wichtigsten Aufgaben. Die Voraussetzung dazu ist aber das offene Anerkenntnis dieses Widerspruches, dem entzieht sich die Partei jedoch, wenn sie ihre Ablehnung der Militärkredite im Frieden als widerspruchslos, im Kriege jedoch widerspruchsvoll bezeichnet. Hier stehen für die Zukunft noch Entscheidungen bevor, die allein eine völlig einwandfreie Stellungnahme ermöglichen.“

Es kann der „Mehrheit“ selbst überlassen bleiben, sich wegen des von Lensch aufgezeigten Widerspruchs mit ihm auseinanderzusetzen. Beachtlich aber ist Lenschs eindringlicher Hinweis auf die Entscheidungen der Zukunft. Lensch hat sich damit offen den Genossen angeschlossen, die, gleich Kolb, Beus, Bloß, Gaenisch und anderen, auch die Bewilligung der Militärkredite für die Friedenszeit befürworten!

Daß Lenschs ganze Auffassung dahin drängt, ergibt sich mit Notwendigkeit aus seiner ganzen Stellungnahme zu dem Problem des Kriegs und des Imperialismus. Für ihn ist, wie wir schon in unserem ersten Artikel darlegten, der Krieg kein Krieg zum bloßen Schutze unserer Grenzen, unserer wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten im Sinne der Vergangenheit. Ihm ist England der Hauptfeind, dem die „Herrschaft der Meere“ entrispen werden muß. Erst durch die weltpolitische Ausweitung und Machtposition Deutschlands und seiner Verbündeten kann Deutschland, dem vordbildlichen Musterlande der militärischen und sozialen Organisation, dem Salz der Erde, diejenige Stellung errungen werden, die seiner Kulturmission für die gesamte Menschheit gebührt. Darum ist der Kampf um die deutsche Vormachtstellung auch die eigenste Sache der deutschen Arbeiter, die erst nach Erringung dieses Ziels ihren Aufstieg gesichert sehen.

Dieses Thema kann leider von der anderen Seite zurzeit in der Tagespresse nicht in dem Maße erörtert werden, wie es zur Durchleuchtung der nationalistischen Irrtümer und Trugschlüsse Lenschs notwendig wäre. Vieles von dem,

was hier zu sagen wäre, ist freilich bereits in der Kautskyischen Besprechung der ersten Lensch-Broschüre „Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ in Band 33 der „Neuen Zeit“ dargelegt worden, einer Broschüre, deren Inhalt auch den wesentlichsten theoretischen Bestandteil des neuen Buches von Lensch bildet. Die Leser, die sich gründlicher über diese Fragen informieren wollen, verweisen wir auf Lenschs Buch selbst und die erwähnten Ausführungen Kautskys in der „Neuen Zeit“.

Nur eines Curiosums sei noch Erwähnung getan. Während Lensch, der deutsche Sozialdemokrat, die Beseitigung der englischen „Welt-“ und speziell „Seeherrschaft“ als das vornehmste und notwendigste Kriegsziel des deutschen Sozialismus bezeichnet, hat der deutsche Staatssekretär des Reichs Kolonialamt, Dr. Solf, kürzlich, wie wir Berliner Blättern entnehmen, in Bremen eine Rede gehalten, in der er die von Lensch in so schwarzen Farben geschilderte „Seeherrschaft“ Englands erstens als ein Ding bezeichnet, das in Wirklichkeit gar nicht existiere (da England jene Beherrschung der Meere selbst heute mit den anderen Seemächten teilen müsse, bei der Ausübung seiner Herrschaft also völlig von den politischen Konstellationen der Großmächte abhängig sei), zweitens aber eine selbst starke kolonialpolitische Expansion Deutschlands für durchaus möglich erklärte ohne Entthronung der sogenannten englischen Seeherrschaft.

Lensch ist also imperialistischer und ausdehnender in seinen weltpolitischen Forderungen, als selbst der deutsche Kolonialminister. Aber dafür ist er auch ein echter „Marxist“.

Lensch spottet an einer Stelle seines Buches über politische Philosophasterie mit dem Worte Mephistos:

Der Philosoph, er tritt herein Und beweist euch, es müßte so sein.

Wir glauben, daß der „sozialistische“ Geschichtsphilosoph Lensch selbst allzu hurtig diesem Sprüchlein gefolgt ist. Unter dem Eindruck der Ereignisse weniger Kriegsmomente hat er eine ganz neue Zeitenära heraufsteigen sehen, über deren endgültige Entwicklung er sich besser nach Abschluß der Ereignisse ein Urteil hätte bilden sollen, wenn er denn schon einmal an der Wichtigkeit der sozialistischen Erkenntnisse eines halben Jahrhunderts zweifeln zu müssen glaubte. Wer so rasch wie er politische Systeme theoretisch umzuwälzen unternimmt, läuft allzuleicht Gefahr, durch den wirklichen Gang der Ereignisse gründlich ad absurdum geführt zu werden. Und es hat allen Anschein, als ob ihm dies Schicksal nicht erspart bleiben würde.

Ein neutrales Urteil über die englisch-französische Offensive.

Im Berner „Bund“ vom 2. d. M. schreibt H. Stegmann:

Kommt nun die englisch-französische Front im Westen in Bewegung, so wird die deutsche Verteidigung zunächst mit den bereits dort vorhandenen Kräften und den als strategische Reserve dort bereitgestellten Truppen auszukommen haben. Es ist klar, daß der Ausbau der Stellungen und ihre Befestigung unter solchen Umständen in erster Linie steht, aber nach wie vor wird man sich davor hüten müssen, in diesem Kriege nur einen Materialkrieg und ein technisches Gezemmel zu erblicken; immer noch sind der Mann und die Führung ausschlaggebende Faktoren. Schon die Schlacht im Styrbogen, in der die deutsche Operationsfähigkeit wieder hertritt, spricht dafür, weshalb die Russen sofort zum Stellungskampfe zurückkehrten.

Daß die Front im Westen wieder in Bewegung geraten könnte, ist absolut nicht ausgeschlossen, wenn auch die Wahrscheinlichkeit für die Wiederaufnahme des Bewegungskrieges noch nicht groß ist. Zunächst wird sich die englisch-französische Offensive als typische Durchbruchschlacht äußern müssen und dazu das ganze Arsenal des technischen Krieges und die taktischen Erfahrungen der letzten zwanzig Monate heranziehen. Man glaube aber nicht, daß ein Durchbruch an dieser oder jener Stelle die deutsche Front ohne weiteres in Bewegung bringen wird. Das wäre übrigens von vornherein keineswegs gleichbedeutend mit dem Verlust des Feldzuges für die Deutschen, ebensowenig wie der Fall von Verdun, rein militärisch betrachtet, die letzte Entscheidung zugunsten der Gegenpartei in sich schloß.

Gelingt ein Durchbruch der deutschen Front im Westen, so kann er nur dann zu einer Auflösung der deutschen Front führen, wenn er konzentrisch wirkt, also etwa wieder auf den Schenkeln des Winkels Hyper-Royon-Verdun angeordnet wird, oder an einer anderen Stelle eine so breite Lücke reißt, daß diese durch rückwärtige Stellungen nicht mehr geschlossen und der vorrückende Gegner durch flanzierende Angriffe nicht mehr gestoppt werden kann. Da die Front aber in der Tiefe so ausgestaltet ist, daß das ganze System unmittelbar auf der Grundstellung am Rhein aufliegt, so ist nicht abzusehen, wie ein solches Schicksalsgebilde mit Erfolg durchstoßen werden kann.

Der Durchbruch an sich erfordert überdies ungeheures Material und peinliches Zusammenarbeiten sowie rücksichtsloses Einsetzen der lebendigen Kräfte. Material und lebendige Kraft sind auf Seiten der Engländer zweifellos in höchstem Maße vorhanden, und an opferwilliger Angriffslust fehlt es wohl nicht. Man kann auch annehmen, daß das Zusammenarbeiten der Stäbe und der Truppenführer und der verschiedenen Waffen sich seit Neu-Chapelle und Loos sehr vervollkommen hat, aber ob man damit der Feuer- und allennunhergehobenen Wendungen, vor allem auch der operativen Gegenmaßnahmen des Verteidigers gewachsen ist, das bleibt eine Frage, die nur durch die Offensive selbst beantwortet werden kann. Wäre die französische Armee nicht so stark bei Verdun verwickelt und dort so empfindlich geschwächt worden, wie dies unwiderprochen der Fall ist, so stünde

Hätte Kautsky das geschrieben, würde ihn Lensch grausamlich als pazifistischen Volksewandler verspottet haben! Und was schrieb Engels fast dreißig Jahre später, 1893, in seiner im „Vorwärts“ erschienenen Artikelserie „Kann Europa abrüstet?“ Nachdem er — angesichts des allgemeinen europäischen Betrübten und einer neuen deutschen Militärvorlage — die Frage aufgeworfen: „Ist es da nicht Torheit, von Abrüstung zu reden?“, antwortet er: „Ja behaupte, die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich.“

Lenschs Darstellung des „wirklichen“ Marxismus ist also nichts als eine ganz einseitige und gewalttätige Konstruktion, die nichts beweist als sein frampfhafte Bemühen, seinen völlig unsocialistischen Sozialimperialismus für das legitime Kind des Marxismus auszugeben.

Da die allzu künstlichen Interpretationsversuche des „echten“ Marxismus aber wohl Lensch selbst nicht zur Begründung seiner neuen „sozialistischen“ Theorie auszureichen scheinen, bedient er sich im Verlauf seiner Darlegungen all jener bürgerlich-imperialistischen Argumente für die Notwendigkeit der Erringung der „Weltgeltung“, die die Sozialdemokratie aus den Propagandaschriften der Flottenvereinler und Alldeutschen so fattam kennt und — bis unmittelbar vor dem 4. August 1914 — so nachdrücklich bekämpft hat. Geradezu einen Flottenvereinler glaubt man sprechen zu hören, wenn er schreibt:

„Und je mehr nun die furchtbare Katastrophe des Weltkrieges heranrückt, desto eifriger baute man an einem Wollensluchtsheim allgemeiner Friedenseligkeit. Da konnte es der Partei passieren, daß sie den von der englischen Bourgeoisie listig hingeworfenen Gedanken einer allgemeinen Abrüstung zur See, der natürlich nichts anderes bezweckte als Verewigung der englischen Welt Herrschaft, ernsthaft aufnahm und seine Zurückweisung durch den deutschen Reichstages als ein schweres deutsches Unrecht hinstellte.“

Aber, so schließt Lensch triumphierend dieses Kapitel: „Da kam der Krieg und mit ihm die Lösung.“

Das folgende Kapitel „Das Janusgesicht des 4. August“ beginnt Lensch mit einem patriotischen Dithyrambus, der







Politische Uebersicht.

Der Illusionär.

Die alte Praxis, nicht in bürgerlichen Organen über Parteifragen zu schreiben, ist von einigen Parteimitgliedern schon lange über Bord geworfen worden.

Welche Aufnahme fand dieser praktisch immerhin nicht unbedeutende Fortschritt bei den alten Parteien, und keineswegs nur bei denen, die bisher eine vorkommende Politik geliebt hatten.

Das nationalsozialistische Kraftmeiereium hat sein volles Maß von Anfeindungen erreicht; aber auf die verschommenen Vorstellungen eines tatsächlichen Internationalismus.

Was nun Heine dieser angeblich „greifenhaften“, in Wirklichkeit stürmisch vorwärts drängenden Opposition und ihrer angeblichen „Weltfremdheit“ entgegensetzt, ist selbst die blasseste Illusionschwärmerei.

Die Kriegsziele des Fürsten Bülow.

In einem solchen erdichteten Buche des Fürsten Bülow über „Deutsche Politik“ spricht sich der frühere deutsche Reichszentraler über die Kriegsziele folgendermaßen aus:

„Deutschland muß sich heute sagen, daß, wenn der Krieg selbst nicht ganz neue, freilich unwahrscheinliche Situationen schaffen sollte, die erbitterte Stimmung in Frankreich, England und Rußland sich aus dem Krieg in den Frieden fortzerben wird.

Andererseits ist es notwendig, die Fühlung zu erhalten, wiederherzustellen und die Verbindung zu festigen mit solchen Staaten mit denen Deutschland in diesem Kriege die Waffen nicht kreuzte.

Kein wirtschaftlicher Boykott nach dem Kriege.

Ueber die „Handelspolitische Zukunft Deutschlands“ sprach am Sonnabend Prof. Dr. Jastrow aus Berlin in der in Frankfurt a. M. tagenden Hauptversammlung der Vereinigung zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Auslande.

Einstellungsverfahren gegen Liebknecht.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat nach der Verurteilung des Abgeordneten Genossen Dr. Karl Liebknecht beim Reichstag beantragt, die Einstellung des militärgerichtlichen Verfahrens und die Haftentlassung Liebknechts für die Dauer der Reichstagsession auf Grund des Artikels 31 der Reichsverfassung zu beschließen.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht der Festung Köln

hatten sich die Genossen Kauer, Funk und Sollmann als Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Köln-Stadt und -Land zu verantworten, weil sie ohne die erforderliche Genehmigung öffentliche Frauenversammlungen veranstaltet haben sollten.

Die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes.

Im „Reichsanzeiger“ wird die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes nach den Beschlüssen des Bundesrats und des Reichstages wie folgt bekanntgegeben:

§ 17a. Die Vorschriften der §§ 3, 17 über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen in Zusammenhang stehen.

Neue Bundesratsbeschlüsse.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung über Grünsfern, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Festlegung der Ortslöhne und der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Krankenversicherung bei Erntelassen.

Eine städtische Klavier-Kriegssteuer.

Die zuständigen Ministerialinstanzen beschäftigen sich zurzeit mit dem Beschluß des Danziger Magistrats, der als erste deutsche Stadtverwaltung eine Steuer auf Klaviere, Flügel und Phonographen einführen will.

Militärgouverneure und Mietsteigerung.

Wie seinerzeit mitgeteilt, hatte der Gouverneur des Reichskriegshafens Kiel, Admiral Bachmann, eine Mietsteigerung vor dem Herbst dieses Jahres unterlagert.

Das Endergebnis der holländischen Provinzwahlen.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die Stichwahlen sind nun im ganzen Land abgeschlossen. Auch der letzte Wahltag hat der Arbeiterpartei einen schönen Gewinn gebracht, vor allem in Friesland.

Das tägliche Brot.

Einführung von Reisbrotarten.

Das Preussische Landes-Getreideamt hat für den Umfang des preussischen Staatsgebietes angeordnet: Es sollen Brotarten hergestellt werden, gegen die dann die Reisenden die Brotarten ihres Ortes austauschen können.

Kommunale Maßnahmen.

Die Stadtverordnetenversammlung zu Lüben beschloß, von der öffentlichen Verpachtung der diebstahligen, voraussichtlich recht ergebenden Pflaumennutzung abzusehen.

Die Stadt Dortmund beschloß im Ratsrat 2500 Morgen Weideland; es handelt sich um das Gebiet der Wasserwerkungsanlagen der Stadt. Diese Weiden wurden lange Jahre verpachtet.

nügen. Es wurde ein Versuch mit Körnerbau unternommen, der glänzend ausfiel. Am ersten Frühjahr des Weltkrieges ging man dazu über, weitere 235 Morgen dem Körnerbau dienstbar zu machen.

Bayern will keine Fremden.

Das stellvertretende Generalkommando des 1. Bayerischen Armeekorps gibt bekannt: In Bayern ist der Verkehr mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, insbesondere mit Fleisch und Butter, bis in die letzte Landgemeinde genau geregelt und empfindlich eingeschränkt.

Die neuen Postgebühren.

Das Gesetz vom 21. Juni 1916, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, tritt am 1. August 1916 in Kraft.

- Für Briefe im Orts- und Nachbarortverkehr sowie für Postkarten 2 1/2 Pf., Fernbriefe 5 Pf., Pakete bis 5 Kilogramm in der 1. Zone 5 Pf., auf alle weiteren Entfernungen 10 Pf.

Table with 2 columns: Description of postal services and their costs. Includes items like 'Der Ortsbrief (bis 250 Gramm) freigemacht', 'einfache Fernbriefe (bis 20 Gr.) freigemacht', 'Doppelte Fernbriefe (ab 20 bis 250 Gramm) freigemacht'.

außerdem die Versicherungsgebühr wie bisher und bei nicht freigemachten Wertbriefen der Portozuschlag von 10 Pf., der Postauftragsbrief 35 Pf.

das Telegramm im Stadtverkehr: bis 5 Wörter einschl. 40 Pf., über 5 bis 10 Wörter einschl. für jedes Wort 2 Pf., mehr, also 42, 44, 46, 48, 50 Pf., über 10 Wörter für jedes Wort 5 Pf.

das Telegramm im sonstigen Verkehr: bis 5 Wörter einschl. 60 Pf., über 5 bis 10 Wörter einschl. für jedes Wort 2 Pf., mehr, also 62, 64, 66, 68, 70 Pf., über 10 Wörter für jedes Wort 7 Pf., der Korbpostbrief 35 Pf., die Korbpostkarte 30 Pf.,

Im Fernsprecheverkehr beträgt die jährliche Baugebühren in den kleinsten Netzen 88 M., steigend bis 198 M. in Netzen mit mehr als 20 000 Anschlüssen.

die jährliche Grundgebühr in Netzen von mehr als 1000 Anschlüssen 66 M., steigend bis 110 M. in Netzen mit mehr als 20 000 Anschlüssen.

die Gebühr für Ortsgespräche bei Anschlüssen gegen Grundgebühr 3 1/2 Pf. für jede Verbindung, die Gebühr für Gespräche im Verkehr von Ort zu Ort bei einer Entfernung von nicht mehr als 25 Kilometer 22 Pf. für je 8 Minuten, steigend bis zu 2 M. 20 Pf. bei einer Entfernung von mehr als 1000 Kilometer.

Bruckspennige, die sich bei nicht freigemachten und unzureichend freigemachten Sendungen und bei der Gebühr für die Vergleichen von Telegrammen ergeben, werden auf volle Pennige aufwärts abgerundet. Für einen nicht freigemachten Ortsbrief, der von einer Behörde unter der Bezeichnung „Postpflichtige Dienstsache“ abgesandt wird, und für eine solche Postkarte sind vom Empfänger also 8 Pf. zu entrichten.





